

Die Handschrift der Union



***Politik** Der Wahlkreisabgeordnete Thorsten Frei (CDU) zeigt sich mit den Ergebnissen der Sondierungsgespräche sehr zufrieden. Man gebe in Berlin weiter die Richtung vor.*

Union und SPD haben sich bei einem gut 24 Stunden langen Verhandlungsmarathon auf ein Sondierungspapier geeinigt. Die wichtigsten Inhalte: Die Spitzen von Union und SPD planen keine Steuererhöhungen. Außerdem wurde faktisch eine Obergrenze für die Zuwanderung festgelegt: Pro Jahr sollen nicht mehr als 220 000 Flüchtlinge zuwandern. Der Familiennachzug wird neu geregelt und nur noch unter ganz bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Das gefällt auch dem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden CDU-

Landesvorsitzenden Thorsten Frei, da sich CDU/CSU in vielen Punkten durchsetzen konnten: „Ich freue mich, dass es am Ende der Sondierungsgespräche zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen ist und damit die Voraussetzung für Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD geschaffen wurden, die nun möglichst schnell beginnen müssen.“

Wieder richtungsweisend Frei meint, dass das Sondierungspapier in den meisten Bereichen die Handschrift der CDU/CSU trage. Damit gebe seine Partei auch in den kommenden vier Jahren die Richtung vor. Noch wichtiger sei aber, dass die Union den Menschen in Deutschland in den wesentlichen gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern, die sich auch im Bundestagswahlergebnis ablesen lassen, die notwendigen Antworten liefere.

„Ganz zentral sind für mich die Vereinbarungen zur Migration“, sagt Frei. Das betrifft zunächst die weitere Aussetzung des Familiennachzugs und die damit verbundene spätere Begrenzung auf 1000 Personen pro Monat sowie die „atmende Flüchtlingsobergrenze“ zwischen 180 000 bis 220 000 humanitären Flüchtlingen, auf die der Familiennachzug angerechnet wird.

Ebenso bedeutend sei die Schaffung zentraler Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen, in denen Asylentscheidungen unter einem Dach zentral herbeigeführt und durchgesetzt werden und die damit verbundene konsequente Verbesserung der Asylverfahren. Große Fortschritte sieht Frei auch im Sozialbereich, wo es darum gehe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. „Wir wollen dafür sorgen, dass sich niemand abgehängt fühlt und alle Menschen von der hervorragenden Konjunktur profitieren. Deshalb wollen wir das Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2025 stabilisieren und danach eine angemessene doppelte Haltelinie für bezahlbare Beiträge und die Lebensleistung widerspiegelnde Rentenzahlungen einführen.“

Frei begrüßt Grundrente Zu den die Lebensarbeitsleistung widerspiegelnden Maßnahmen gehören für den Wahlkreisabgeordneten auch die Einführung einer Grundrente, die in jedem Fall zehn Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegt, sofern 35 Jahre Beschäftigung oder Kindererziehungs- oder Pflegezeiten nachgewiesen werden, sowie der dritte Mütterrentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder. Weiterhin gut findet Frei, dass vereinbart wurde, den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler bis 2021 abzuschaffen und das Kindergeld in der kommenden Legislaturperiode um 25 Euro pro Kind zu erhöhen.

Wirtschaft muss weiter laufen Grundvoraussetzung für diese Zusatzausgaben in Höhe von 45 Milliarden Euro sei eine gut laufende Wirtschaft. Frei: „Um die hervorragende Konjunktur möglichst lang zu konservieren, haben wir verabredet, keine Steuererhöhungen vorzunehmen, die Sozialabgaben unter der 40-Prozent-Marke zu halten, die Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozent zu senken, Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen einzuführen und weiter massiv in die Verkehrsinfrastruktur und digitale Leitungsnetze zu investieren.“ So soll Deutschland die kommenden Jahre Europas Zugmaschine bleiben.

„Wirklich erleichtert“ zeigt sich Frei darüber, dass es gelungen ist, die von der SPD geforderte Bürgerversicherung abzuwenden. *rat*